Geset = Sammlung

für bie

Königlichen Preußischen Staaten.

Nr. 8.

Inhalt: Geses, betreffend die Tilgung von Staatsschulden, S 43. — Verfügung des Justizministers, betreffend die Anlegung des Grundbuchs für einen Theil des Bezirks des Amtsgerichts Böhl, S. 44. — Bekanntmachung der nach dem Geset vom 10. April 1872 durch die Regierungs-Amtsblätter publizierten landesherrlichen Erlasse, Artunden 2c., S. 45.

(Nr. 9883.) Gefet, betreffend bie Tilgung von Staatsschulben. Bom 8. Marg 1897.

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden König von Preußen 2c. verordnen, mit Zustimmung der beiden Häuser des Landtages der Monarchie, was folgt:

bettermit ber Juffil. I. ger bu

Für das Etatsjahr 1897/98 ist eine Tilgung in Höhe von mindestens einem halben Prozent und vom Etatsjahre 1898/99 ab eine solche in Höhe von jährlich mindestens dreifünftel Prozent der sich jeweils nach dem Staatshaushalts- Etat ergebenden Staatsfapitalschuld vorzunehmen. Eine Verrechnung auf bewilligte Anleihen ist einer Tilgung gleichzuachten.

\S . 2.

Die hierzu (§. 1) erforderlichen Beträge find durch den Staatshaushalts-Etat unter Einrechnung der für eine planmäßige oder durch bestehende Gesetze anderweit vorgeschriebene Tilgung von Staatsschulden bestimmten Summen bereit zu stellen.

S. 3.

Ergiebt sich nach der Jahresrechnung ein Ueberschuß des Staatshaushalts, so ist derselbe im vollen Betrage zur weiteren Tilgung von Staatsschulden beziehungsweise Verrechnung auf bewilligte Anleihen zu verwenden.

§. 4.

Alle diesem Gesetze entgegenstehenden Bestimmungen werden aufgehoben. Seset. Samml. 1897. (Nr. 9883—9884.)

Urkundlich unter Unserer Höchsteigenhändigen Unterschrift und beigedrucktent Röniglichen Insiegel.

Gegeben Berlin im Schloß, ben 8. März 1897.

moinois modi (L. S.) Il m Wilhelm.

Fürst zu Sobenlobe. v. Boetticher. v. Miguel. Thielen. Boffe. Grhr. v. Marichall. Frhr. v. Sammerftein. Schonftedt. Frhr. v. b. Rede. Brefeld. v. Gogler.

(Nr. 9884.) Berfügung bes Justigministers, betreffend bie Anlegung bes Grundbuchs für einen Theil bes Begirts bes Umtsgerichts Bohl. Bom 9. Marg 1897.

Huf Grund des S. 39 des Gesetzes, betreffend das Grundbuchwesen und die Zwangsvollstreckung in das unbewegliche Vermögen in dem Gebiete der vormals freien Stadt Frankfurt sowie den vormals Großberzoglich Hessischen und Landaräflich Bessischen Gebietstheilen ber Proving Bessen-Raffau, vom 19. August 1895 (Gefet-Samml. S. 481) bestimmt der Justigminister, daß die zur Anmeldung von Unfprüchen behufs Eintragung in das Grundbuch daselbst vorgeschriebene Ausschlußfrist von sechs Monaten

für ben zum Bezirk bes Amtsgerichts Böhl gehörigen Gemeindebezirk Rirchlotheim

am 15. April 1897 beginnen foll.

Berlin, ben 9. März 1897.

Der Justizminister.

Schönstebt.

Bekanntmachung.

Nach Vorschrift des Gesetzes vom 10. April 1872 (Gesetz-Samml. S. 357) sind bekannt gemacht:

1) der Allerhöchste Erlaß vom 16. Dezember 1896, betreffend die Genehmigung eines Nachtrages zu dem revidirten Reglement der Oftpreußischen Städte-Feuersozietät vom 19. November 1890, durch die Amtsblätter

der Königl. Regierung zu Königsberg, Jahrgang 1897 Nr. 5 S. 31, ausgegeben am 4. Februar 1897,

der Königl. Regierung zu Gumbinnen, Jahrgang 1897 Nr. 4 S. 29, ausgegeben am 27. Januar 1897;

- 2) das Allerhöchste Privilegium vom 30. Dezember 1896 wegen Ausfertigung auf den Inhaber lautender Anleihescheine der Stadt Guben im Betrage von 950 000 Mark durch das Amtsblatt der Königl. Regierung zu Frankfurt a. D., Jahrgang 1897 Nr. 9 S. 67, ausgegeben am 3 März 1897;
- 3) der Allerhöchste Erlaß vom 11. Januar 1897, durch welchen der Stadtgemeinde Marburg das Recht verliehen worden ist, das zur vollständigen Durchführung der städtischen Kanalisation sowie zur Herstellung von Schuthauten für die dem Hochwasser der Lahn ausgesetzten Kanalstrecken erforderliche Grundeigenthum im Wege der Enteignung zu erwerben oder, soweit dies ausreichend ist, mit einer dauernden Beschränfung zu belasten, durch das Amtsblatt der Königl. Regierung zu Cassel Nr. 8 S. 39, ausgegeben am 24. Februar 1897;
- 4) das am 11. Januar 1897 Allerhöchst vollzogene Statut für die Dränagegenossenschaft zu Opalenitza im Kreise Grätz durch das Amtsblatt der Königl. Regierung zu Posen Nr. 7 S. 65, ausgegeben am 16. Februar 1897.

Befannimadima.

- Nach Borjchrift bes Gefeßes von 10, Local 1872 (Gefeße Samuel. & Idi)
- in der Alläubschie Erlag vom ih Begengber 1836, betreffend die Genedenstaum, eines Nachtrages zu dem residieren Reglement der Offwengischen Salver-Kennschieben vom 18. Rovenber 1830, durch die Ammehläiter
- der Römgl. Regierung zu Königeberg., Jobrgang 1897 Ber 5 & al.,
- der Konigi. Regierung zu Günnbinnen, Jahrgang 1897 Mr. 4 & 20, ausgegeben am 27. Januar 1897;
- 2) das Allerhöchste Arivilegium vom Id. Dezember 1896 megen Ansientigung auß den Anhaber lautender Anläheicheime der Stadt Ginden ins Vetrage vom 950 000 Mark durch das Unitedlati der Königk. Regierung zu Krank inst a. C., Jobigang 1897 Ar. 9 E. 67., ansgegeben am I Weite 1897;
- 3) der Alberhächte Erlaß vom 11. Januar 1897, denn neldten der State gemeinde Marchera der Haben vorlichen neuten ihr des zur velthindigen Laurender der Kanalisation von den der Kanalisation vom Generalisation vom Kanalisation von Erden anderleiten Kanalisation der Erden anderleiten Kanalisation der Erden anderleiten Kanalisation der Erden der
- 4) best amo 14. Januar 1897 Marbodili velliggene Status für zie Dränagegenetienübast zu. Ovalenisa im Areije Erhy dund das Mundeland der Areigh Regierung zu Aden Mr. I I. hö, ausgegeben am 16. Februar 1897.